



Störtebeker Briefe DKP

Zeitung für Lübeck - Ostholstein - Stormarn - Hzgtm. Lauenburg

Nummer 8/2017

Der „ganz normale“ kapitalistische Wahn

Lübecker Hafen nicht konkurrenzfähig? **S.3**

100 Jahre nach der Oktoberrevolution

Wir können!

S.7

Gesundheit ist keine Ware!

Kampf um das Krankenhauspersonal **S.8**

Frieden! Arbeit! Solidarität

3 gute Gründe für die Kommunisten **S.9**

Verändern wir die Welt

Soziale Ungerechtigkeit, Armut, Krieg und Flucht sind von Menschen gemacht – und daher veränderbar

„Die Zeit“ 05/2017 titelte Ende Januar „Hatte Marx doch recht?“ und ergänzt dann „Gierige Manager, schreiende Ungerechtigkeit und der Aufstand der Vergessenen: Karl Marx sah alles kommen. Was man von ihm heute noch lernen kann - dem Marxismus zum Trotz.“

Natürlich, dem „Marxismus zum Trotz“ - um dann in der Ausgabe festzustellen „Er ist wieder da - Karl Marx sah die Probleme des Kapitalismus vorher, die heute die Rechtspopulisten befeuern. Was wir von ihm lernen können: ...“



Im Kino läuft „Der junge Marx“ und das Manager Magazin vom 16.01.2017 hinterfragt anlässlich des „Weltwirtschaftsforums“ in Davos (Schweiz) - dem Treffen der Reichen und Mächtigen -

Anfang dieses Jahres „Wie kaputt ist der globale Kapitalismus?“ um dann festzustellen: „Schon

bemerkenswert: Über Jahre sorgten sich die Topleute vor allem um die Weltwirtschaft selbst.

Inzwischen jedoch, so (...) Umfragen (...), fürchten sie sich vor den Folgen des (ihres - Anmerkung der Störtebeker Briefe) Wirtschaftens.“

weiter S.2

Friedenspolitik – Die wahre Alternative

Krieg und Flucht beginnen hier – in Schleswig-Holstein

Als im vergangenen Jahr große Flüchtlingsbewegungen auch Deutschland erreichten wurde viel und aufgeregt diskutiert, wie man diese stoppen könnte.

Mitmenschlichkeit ging schnell in Vorurteile und Ängste über und es wurde viel darüber geredet, dass man „Fluchtursachen bekämpfen müsse“, da man ja „nicht alle Probleme der Welt in Deutschland lösen könne“.

Kaum Beachtung fand im Rahmen der Mainstream-Debatte die Tatsache woher die meisten dieser Flüchtlinge kamen: aus Syrien, Afghanistan, dem Irak, Mali, oder

Somalia - also vor allem aus Ländern dieser Welt in denen Deutschland direkt oder indirekt Krieg führt!

Immer getarnt als „humanitäre Hilfe“ oder unter dem Deckmantel des sogenannten „Krieges gegen den Terror“ baut die Bundesrepublik seit Jahren verstärkt ihr kriegerisches Engagement in der Welt aus.

„Mehr Verantwortung übernehmen“ ist der Slogan mit dem Alt-Bundespräsident Gauck, Merkel, von der Leyen & Co. dies rechtfertigen. Schaut man aber genauer hin, dann geht es sehr wohl um mehr, nämlich den Anspruch...

weiter S.4



www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.de

Es fällt schwer!

Es fällt schwer im Sozialismus die Hoffnung zu sehen wenn man sich daran gewöhnt hat im Kapitalismus die Hoffnung aufzugeben.

Es fällt schwer im Sozialismus das Menschliche zu sehen wenn man sich daran gewöhnt hat im Kapitalismus das Unmenschliche zu dulden

Es fällt schwer im Sozialismus die Lösung zu sehen wenn man sich daran gewöhnt hat im Kapitalismus keine Lösung zu erwarten

Es fällt schwer im Sozialismus die Antwort zu sehen wenn man sich daran gewöhnt hat im Kapitalismus keine Fragen zu stellen

Es fällt schwer im Sozialismus die Zukunft zu sehen wenn man sich daran gewöhnt hat im Kapitalismus in der Vergangenheit zu leben

Floh de Cologne



Verändern wir die Welt

Fortsetzung von S.1

Wovor sie sich fürchten ist klar: Vor der Wut der Mehrheit der Menschen. Vor der Wut der Mehrheit, die tagtäglich erlebt worauf der Reichtum der Wenigen und deren Macht beruhen: Auf niedrigen Löhnen und befristeter Arbeit von der man nicht mehr leben kann; auf Mieten die immer weiter steigen; auf Ausgrenzung und Altersarmut, auf Wirtschaftskrisen und Bankenrettung; auf marode Schulen und überfüllte Universitäten; auf Ausbeutung der armen Länder; auf Krieg und Flucht; etc.

Bereits seit Jahren fürchten sich die Reichen und Mächtigen davor, dass die Mehrheit der Menschen anfängt sich gegen ihre unbegrenzte Macht zu wehren.

Im Jahr 2011 veröffentlichte das „Handelsblatt“ einen Artikel des „Top-Ökonomen“ Nouriel Roubini unter der Überschrift „Wie der Kapitalismus noch zu retten ist“, in dem er zu dem Schluss kam: „Das Problem ist nicht neu. Karl Marx übertrieb es, doch er hatte recht mit seiner Aussage, unbeschränkter Finanzkapitalismus und die Umverteilung von Einkommen und Vermögen von den Arbeitnehmern zum Kapital könnten zur Selbstzerstörung des Kapitalismus führen. Unregulierter Kapitalismus kann zu Phasen von Überkapazitäten, Unterverbrauch und wiederholten, destruktiven Finanzkrisen führen, durch

Kreditblasen und das Auf und Ab der Vermögenspreise.“

Und weiter: „Jedes Wirtschaftsmodell, das die Ungleichheit nicht in angemessener Weise in Angriff nimmt, gerät irgendwann in eine Legitimitätskrise. Reagieren wir nicht, nehmen die Proteste an Schwere zu, und die gesellschaftliche und politische Instabilität wird Wachstum und Wohlstand schwächen.“ Doch das Kapital reagiert nicht – zu Verlockend sind die Profitmargen.

Sie, die Herren der Welt, die Reichen und Mächtigen, wissen es ganz genau: Marx hatte und hat Recht! Davor fürchten sie sich. Nicht trotz Marxismus, sondern wegen des Marxismus - der wissenschaftlichen Analyse, die aufzeigt, dass der Kapitalismus eben nicht das Ende der Welt ist!

Was sie dabei verschweigen ist, dass nicht nur Marx Recht hat, sondern auch Lenin.

Lenin, der mit seiner Analyse „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ die Schablone auf die heutige Welt und ihre realen Verstrickungen von großen Konzernen mit den Banken und dem kapitalistischen Staat offen legte. Alle heutigen Probleme, ob sie diese Globalisierung, Terror, Krieg, Flucht oder Wirtschaftskrise nennen, werden dadurch verständlich.

Wovor sie sich folglich wirklich fürchten ist die Angst davor, dass die Menschen die Lehren von Marx, Engels und Lenin wieder aufgreifen und verstehen.

Verstehen, dass Kapitalismus nur ein menschengemachtes Wirtschaftssystem ist, welches mit wirklicher Freiheit der Mehrheit und mit Demokratie nichts - aber auch gar nichts - zu tun hat.

Sie haben Angst davor, dass die Menschen wieder die wichtigste aller Fragen stellen: „Wem nützt es?“ und davor, dass die Mehrheit der Menschen versteht, dass man dieses Wirtschaftssystem überwinden kann.

Die Reichen sollen endlich bezahlen!

Millionärssteuer jetzt!
Wählt Kommunisten!

DKP
www.dkp.de

V.i.S.d.P.: W. Richter, c/o DKP, Hoffnungsstr. 18, Essen

Sie haben Angst davor, dass man feststellt, dass man es gemeinsam überwinden kann, wenn man begreift, dass die wirklichen Grenzen in unserer Welt nicht zwischen Ausländern und Deutschen, nicht zwischen Religionen oder Überzeugungen verlaufen, sondern einzig und allein zwischen Arm und Reich!

Machen wir den Anfang! Verändern wir die Welt! Gemeinsam!

Gegen Ausbeutung, Armut und Krieg – für eine gerechte Weltordnung: Für den Sozialismus!



45 Jahre malochen für Armuts-Rente?

12 € Mindestlohn jetzt!
Wählt Kommunisten!

DKP
www.dkp.de

V.i.S.d.P.: W. Richter, c/o DKP, Hoffnungsstr. 18, Essen

Ja, ich will

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Kontakt: DKP Lübeck / Südost - Holstein
Postfach 10 22 06, 23554 Lübeck
dkp.hl-oh@email.de
www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.de

Der „ganz normale“ kapitalistische Wahnsinn geht weiter

Lübecker Hafen nicht konkurrenzfähig?



Die Lübecker Politik hat entschieden: Für schlappe 100.000 Euro sollen Wirtschaftsprüfer ein Gutachten erstellen, dass prüft wie die Stadt der Lübecker Hafen-Gesellschaft (LHG) helfen kann, denn die hat massive Schwierigkeiten.

Wir erinnern uns: Im Windschatten der Fußball-Euphorie rund um die EM 2012 hatte die damalige, angeblich linke Bürgerschaftsmehrheit in Lübeck (bestehend aus den Fraktionen von SPD, Grünen und Partei Die Linke (PDL) in der Lübecker Bürgerschaft) die weitere Privatisierung von öffentlichem Eigentum vorangetrieben und damit ihren politischen Offenbarungseid geleistet. Viel schneller als befürchtet war diese pseudo-linke Mehrheit bei den Ur-Rezepturen des Finanzkapitals angekommen.

Die Fraktionen waren damals erfreut: Sie hatten erneut Anteile an der Lübecker Hafen-Gesellschaft (LHG) verkauft - an den britischen Finanzinvestor Rreef, der zu 100 Prozent der Deutschen Bank gehört.

Nach dem ersten Verkauf von 2008, bei dem bereits 25,1 Prozent der LHG an den britischen Finanzinvestor Rreef gingen, wurden 2012 weitere 12,4 Prozent verkauft. 37,5 Prozent ehemals kommunalen Eigentums gehören seit dem einem privaten Finanzinvestor bzw. indirekt der Deutsche Bank.

Als Vorteile dieses Verkaufs, gar als Meilensteine, verkauften uns die Herrschaften von SPD, Grüne und PDL damals u. a., dass „der Verkaufserlös vollständig in notwendige Investitionen fließen würde, um den Hafen zukunftsfähig zu machen“.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten an der Lübecker Hafengesellschaft beteiligt werden - das "Lübecker Modell" war geboren. Die Laufzeit der Vereinbarung bis 2024 sollte langfristige Sicherheit schaffen.

Bis Ende 2024 sollten also die Jobs im Hafen sicher sein, so hieß es damals. Sollte dem Hafen allerdings zwischenzeitlich die Arbeit ausgehen, würden die dort Beschäftigten bis zu drei Jahre an städtische Betriebe oder Gesellschaften ausgeliehen.

Bestünde dann weiterhin Arbeitsmangel, würden weitere Beschäftigte ausgeliehen. Die Kosten für Löhne und Gehälter sollten in diesen Fällen die Stadt übernehmen. Sollten bei der



Foto: SB-HM

Stadt keine Stellen vorhanden sein, werden die Betroffenen in Qualifizierungsmaßnahmen untergebracht.

Darüber hinaus floss damals ein Teil der Verkaufserlöse der Stadt in ein Beteiligungsmodell. Die Beschäftigten erwarben gemeinsam einen Anteil an dem Unternehmen. Wenigstens Ver.di und der Betriebsrat hatten folglich 2012 ihre Hausaufgaben gemacht.

Doch bereits damals war klar, dass dieser Deal alles hat, was die real-existierende kapitalistische Gesellschaft so „erfolgreich“ macht: Kommunales (also eigentlich öffentliches) Eigentum wird zu einem immer höher werdenden Teil an das Finanzkapital verschachert. Das hieraus „gewonnene“ (kurzfristige) Geld wird in die Modernisierung des Hafens gesteckt, damit dieser profitabel wird. Wäre der Hafen also profitabel geworden, so hätte sich diesen Profit später - dank seines größeren Anteils - zu nicht unerheblichen Teilen das hundertprozentige Tochterunternehmen der Deutschen Bank eingesteckt.

Wenn das Ganze jedoch nicht so erfolgreich sein sollte, oder der Profit auf diese Weise maximierbar, so war schon damals klar, dass sich die Kosten für die, von der Gewerkschaft und dem Betriebsrat erkämpften, Beschäftigungsgarantien vom neuen Großanteileseigner leicht wieder auf die Stadt - also auf öffentliche Gelder aus Steuermitteln - abwälzen ließen.

Genauso ist es nun gekommen!

Der Kampf der Kapitalisten um die höchste Profitrate ist ein Eckpfeiler der Ausbeutung von Arbeitern. Der Staat ist zwar kein Kapitalist aber seine Ziele sind ebenfalls ökonomischer Natur. Nicht nur International sondern auch im Inneren Deutschlands tobt ein heftiger Konkurrenzkampf, reiche Bundesländer gegen Ärmere, Krankenkasse gegen Krankenkasse, Stadt gegen Land. Gegenwärtig sind die Arbeiter und Angestellten des Lübecker Hafens Opfer dieses Konkurrenzkampfes geworden.

Schon vor Jahren ist es den Kieler Hafenbetreibern im Zusammenspiel mit Kommunal- und Landespolitikern gelungen, Warenumsatz von Lübeck nach Kiel zu holen. Zur aktuellen Katastrophe wurde allerdings der letzte Coup des Kieler Hafens im Zusammenspiel von Lokal- und Landespolitikern. Die schwedischen Unternehmen SCA und Iggesund verlagerten den Umschlag von 850.000 Tonnen Forstprodukte und Papier von Lübeck nach Kiel.

Entgegen aller menschlichen Vernunft werden jetzt Fähranleger, Hallen und andere Bauten, in die viele Millionen Euro u.a. aus dem Verkauf der Anteile an den Finanzinvestor Rreef investiert wurden, ungenutzt liegen bleiben und verrotten. Das gleiche Geld wurde aber nun in Kiel noch einmal investiert.

Begleitet wurde diese Aktion von einer Beispiellosten Verleumdungskampagne



Der „ganz normale“ kapitalistische Wahnsinn geht weiter

ne. Da wurde behauptet, die Lübecker Hafendarbeiter wären die Schuldigen, weil sie Tarifverträge und angeblich 12 Wochen Urlaub im Jahr haben.

Wer Arbeitern Tarifverträge, sowie ihr gesetzlich verankertes Streikrecht zum Vorwurf macht, zeigt offen die hässliche Fratze des Ausbeuters.

Die LHG steckt unter anderem durch den Wegfall von Umschlagskapazitäten in massiven Schwierigkeiten, sie schreibt rote Zahlen. In diesem Jahr wird von rund sieben Millionen Euro Defizit ausgegangen und jetzt soll die Stadt helfen. Angeblich muss die LHG zwölf Millionen Euro bis 2020 sparen, um in fünf Jahren wieder Gewinne einzufahren. Es wird über verschiedene Varianten dies zu lösen nachgedacht.

Aber drei Sachen sind dabei sicher: Erstens, das wieder Arbeitsplätze abgebaut werden. Die LHG hat 400 Hafendarbeiter und muss zum Glück - nach einem von den Gewerkschaften

er kämpften - gerichtlichen Beschluss 150 Mitarbeiter des Hafenbetriebsvereins (HBV) übernehmen. Es ist unklar, wie viele davon bei der LHG verbleiben können. Schon wird über Abfindungen spekuliert.

Zweitens, dass die Beschäftigten des Hafens einen großen Teil der Zeche zahlen sollen: Schon wird über einen Tarifvertrag zur „Lösung der Krise“ verhandelt.

Drittens, dass der Finanzinvestor Reef - und damit die Deutsche Bank - fein raus sind: Das Risiko tragen allein die Stadt und die Beschäftigten.

Es ist das alte Lied: Gewinne werden privatisiert - natürlich nur an das Finanz- und Großkapital - und Kosten fallen wieder der Bevölkerung und den Arbeitnehmern zur Last. Kapitalismus vom Feinsten!

Wirkliche Alternativen im Sinne der Menschen sehen anders aus - sie erfordern aber auch das strikte

Durchbrechen der Vorgaben der kapitalistischen Verwertungslogik!

Dazu hätte man einmal die Beschäftigten im Hafen fragen müssen, denn die kennen die wahren Quellen für Erfolg oder Misserfolg ihres Arbeitsbereiches sicherlich am besten. Eine LHG in wirklichem Gemeinschaftseigentum der Beschäftigten würde fraglos länger leben und erfolgreicher sein, als dieser „Meilenstein“ im Großanteilseigentum des Finanzkapitals.

Denn Privatisierung ist nie die Lösung eines Problems, auch wenn sie scheinbar schnelles Geld verheißt, sie ist vielmehr immer der Anfang vom Elend: Lohndumping, Leiharbeit, Ausgliederung, Zerschlagung und schließlich Arbeitslosigkeit sind ihre steten Begleiter.

Auch an diesem Beispiel zeigt sich einmal mehr, wie nötig eine wirklich antikapitalistische Alternative in dieser Stadt ist.



Foto:
Gesellschaft Weltkulturgut
Hansestadt Lübeck e.V.

Friedenspolitik – Die wahre Alternative

Fortsetzung von S.1 Krieg und Flucht beginnen hier – in Schleswig-Holstein

Deutschlands größeren Einfluss in der Weltpolitik zu bekommen, wie die Genannten auch auf den letztjährigen „Münchener Sicherheitskonferenzen“ nicht müde wurden zu betonen. Eine solche Politik kann und muss man sogar deutlich als Imperialismus benennen.

Nach der Niederlage des Sozialismus in der Sowjetunion und in den sozialistischen Staaten in Europa ist die Menschheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit der Tatsache konfrontiert, dass der Krieg schon wieder zu einem erschreckend gewohnten Begleiter geworden ist. Das war vorher nicht der Fall!

Die Machtverhältnisse zwischen den Großmächten haben sich in den letzten Jahren nicht nur außerordentlich rasch, sondern auch außerordentlich

ungleichmäßig entwickelt. Ein Ergebnis besteht in der Verschärfung der inneren- und zwischen- imperialistischen Widersprüche. Sie werden immer schwerer kontrollierbar.

Die zunehmende Unterschiedlichkeit in der Interessenlage des USA-Imperialismus und der EU-Großmächte weltweit und in den Regionen, einschließlich in Europa, wird untereinander und im Verhältnis zu Russland immer größer und offensichtlicher. Sie enthält die Tendenz, sich zur politischen Gegensätzlichkeit zu entwickeln.

Der Krieg ist nicht mehr nur Theorie und Konzept. Er ist zu praktischer Realität - auch in Europa (Jugoslawien, Ukraine) - geworden. Die Imperialisten versuchen, ihre Widersprüche mit Mitteln des Krieges zu lösen,

können aber keine Lösung erzielen.

Dabei beginnen viele Kriegseinsätze in Schleswig-Holstein: Die Patriot-Raketen, welche an der türkischen Grenze zu Syrien stationiert wurden, stammen aus Jagel und wurden über Lübeck-Travemünde verschifft.

Ebenso kommen die Tornados, welche über Syrien Luftaufklärung für die NATO betreiben, aus Jagel. Flottenverbände aus Kiel operieren vor dem „Horn von Afrika“ (Somalia) und in der Adria.

Die herrschende Politik verfolgt diesen Weg auch deshalb, weil die deutsche Wirtschaft - nicht zuletzt auch hier in Schleswig-Holstein - gut daran verdient. Dies gilt nicht nur für ThyssenKrupp Marine Systeme in Kiel, sondern unter anderem auch für die SIG-Sauer-Unternehmensgruppe

Friedenspolitik – Die wahre Alternative



in Eckernförde - welche unlängst als Triumph vermeldete, dass sie die US-Armee ab sofort mit Pistolen ausgestattet - oder für Draeger in Lübeck, deren Absatz an Gasmasken bei jedem Krieg steigt. Viele weitere Unternehmen hier in Schleswig-Holstein erwirtschaften direkt oder indirekt hohe Profite durch Rüstungs- oder Munitionsproduktion im Zuge dieser Konflikte.

Die Regierung setzt folglich nur das um, was das deutsche Kapital - auch das Schleswig - Holsteinische - wünscht. Mit Krieg kann man herrlich Profite schaufeln!

Es verwundert daher auch nicht sonderlich, dass mittlerweile in allen Bereichen der Gesellschaft ein positives Klima für diese verstärkte kriegerische Option der Politik gemacht wird.

Nur verkauft sich Krieg als solches nicht gut. Die Propaganda dafür muss daher geschickt verpackt werden, damit große Teile der Bevölkerung diese auch positiv aufnehmen.

Da wird dann einerseits die Terrorangst massiv aufgebauscht, andererseits wird in „coolen Spots“ in der Social-Media, bei Burger King oder McDonalds eine „starke Truppe“ beworben, die natürlich faszinierende Jobs und Kameradschaft bietet. Vom Töten oder getötet werden kein Wort...

Andererseits müssen natürlich auch dringend wieder Feindbilder her. Sei es direkt vor einzelnen Konflikten (z. B. „Die Serben verüben ein Massaker nach dem Nächsten“, „Wir müssen die Rechte der Frauen in Afghanistan schützen“ oder „Der Irak besitzt Massenvernichtungswaffen“) oder generell gegen „der Deutschen liebsten Feind“: Russland (Aggressor Putin).

Für diese Propaganda zur Schaffung einer „patriotischen Stimmung“ spielen Fakten genau für diejenigen, die gerade zum heiligen Krieg gegen

sogenannte „Fake News“ blasen, überhaupt keine Rolle, wie nicht nur die erfundenen Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins vor dem Irak-Krieg zeigen.



Am 23. August 2016 veröffentlichte der australische Journalist John Pilger auf seinem Blog unter dem Titel „Mit Medien einen Atomkrieg provozieren“ einen Artikel, in dem er darauf hinwies, dass der frühere serbische Ministerpräsident Slobodan Milošević (1941–2006) vom „Internationalen Strafgerichtshof für das frühere Jugosla-

wien“ (ICTY) stillschweigend freigesprochen wurde, ohne dass eine breitere Öffentlichkeit davon Notiz nahm. Pilger schrieb u. a.:

Die Entlastung eines Mannes, der wegen schlimmster Verbrechen angeklagt wurde, des Völkermords, machte keine Schlagzeilen. Weder BBC noch CNN berichteten darüber. Der „Guardian“ erlaubte einen kurzen Kommentar.

Das ICTY in Den Haag hat den verstorbenen serbischen Präsidenten Slobodan Milošević in aller Stille von Kriegsverbrechen freigesprochen, die während des bosnischen Krieges von 1992 bis 1995 begangen wurden, einschließlich des Massakers von Srebrenica.

Weit entfernt davon, sich mit dem verurteilten Führer der bosnischen Serben, Radovan Karadzic, zu verschwören, opponierte demnach Milosevic gegen ihn und „verurteilte

ethnisches Säubern“. Er versuchte, den Krieg zu stoppen, der Jugoslawien auflöste. Diese Wahrheit, die am Ende von 2.590 Seiten des Urteils über Karadzic vom Februar 2016 begraben wurde, zertrümmert einmal mehr die Propaganda, mit der die NATO ihren illegalen Angriff auf Serbien 1999 rechtfertigte.

Milošević war das Opfer von Kriegspropaganda, die sich heute wie eine Sturzflut über unsere Bildschirme und Zeitungen ergießt und große Gefahr für uns alle signalisiert. Er war der Prototyp eines Dämons. Von den westlichen Medien wurde er als der „Schlächter vom Balkan“ verunglimpft, der für „Völkermord“ insbesondere in der secessionistischen jugoslawischen Provinz Kosovo verantwortlich sei. Das war die Rechtfertigung für das NATO-Bombardement.

Es war das Modell für Washingtons folgende Invasionen in Afghanistan, Irak, Libyen und die verdeckte in Syrien. Alle können als Hauptkriegsverbrechen im Sinne der Nürnberger Prozesse bezeichnet werden; alle hingen von Medienpropaganda ab. Die Verbeugung vor den Vereinigten Staaten und ihren Kollaborateuren als einer gütigen Kraft, die „Gutes bringt“, bestimmt entscheidend den westlichen etablierten Journalismus.



Das sichert, dass die Schuld an der gegenwärtigen Katastrophe in Syrien dann ausschließlich Baschar Al-Assad gegeben wird.

Der Westen und Israel haben sich seit langem verschworen, ihn zu stürzen - nicht wegen irgendwelcher humanitären Sorgen, sondern um Israels aggressive Macht in der Region zu stabilisieren. Das langfristige Ziel

ist, Russland eine Rolle als entscheidenden Verbündeten im Mittleren Osten zu verweigern.

Das ist Teil eines Zermürbungskriegs



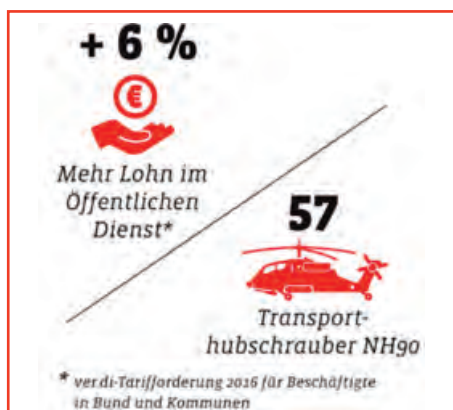
Friedenspolitik – Die wahre Alternative

der NATO gegen die Russische Föderation, der sie eventuell zerstört. Das atomare Risiko liegt auf der Hand, auch wenn es von den Medien der „freien Welt“ verschwiegen wird.

Dabei hält auch die Propaganda über „das aggressive Russland“ dem Faktencheck nicht stand: Denn die vermeintliche russische Aggression muss künftig mit kargen Mitteln auskommen. Die Budgetplanung der russischen Regierung sieht bis 2019 stark abgespeckte Verteidigungsetats vor. Dem westlichen Mainstream hat es darob die Sprache verschlagen. [...]

Wie selbst das den US-Demokraten nahestehende Onlineportal Salon bemerkte, hat die Russische Föderation ihre Militärausgaben nicht etwa, wie es sich für einen Aggressor eigentlich gehört, massiv nach oben geschraubt, sondern für 2017 um satte 25,5 Prozent gekürzt.

Wie die Zahlen aus dem Finanzministerium der Russischen Föderation zeigen, ist der Verteidigungsetat nur noch mit 2,8 Trillionen Rubel veranschlagt, was 48 Milliarden US-Dollar entspricht, während es im Jahr 2016 noch 3,8 Trillionen Rubel, etwa 65 Milliarden US-Dollar, gewesen waren. Das US-Fachmagazin IHS Jane's spricht in diesem Zusammenhang vom „größten Schnitt bei den Militärausgaben seit den frühen 1990ern“.



Der komplette russische Militäretat ist folglich kleiner als die von Trump angekündigte Erhöhung des amerikanischen Militäretats. Russland gibt insgesamt 48 Milliarden Dollar für sein

**85 % sagen:
Atomwaffen
raus aus
Deutschland!**

**Wir auch.
Wählt Kommunisten!**

DKP
www.dkp.de

V.i.S.d.P.: W. Richter, c/o DKP, Hoffnungstr. 18, Essen

Militär aus, Trump will die US-Militärausgaben in diesem Jahr um weitere 54 Milliarden Dollar erhöhen. Haben Sie eigentlich von diesen Zahlen irgendetwas in den deutschen Massenmedien mitbekommen? Er handelt sich ja hierbei nicht um eine Randmeldung.

Mit der angestrebten Erhöhung von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) hat

die Bundesrepublik Deutschland alleine mit dem Rüstungshaushalt von Russland gleichgezogen.

Die Ausgaben der USA, Frankreichs und Großbritanniens sind auch heute schon mehr als zehn Mal so hoch und kommen hinzu. Von wem geht eigentlich die Bedrohung aus?

Was ist nur aus der Brandt'schen Friedenspartei SPD geworden. Alle SPD-Abgeordneten haben sich für eine massive Erhöhung des Rüstungshaushalts ausgesprochen. 100% SPD und 100% Martin Schulz, wie passt das zusammen?



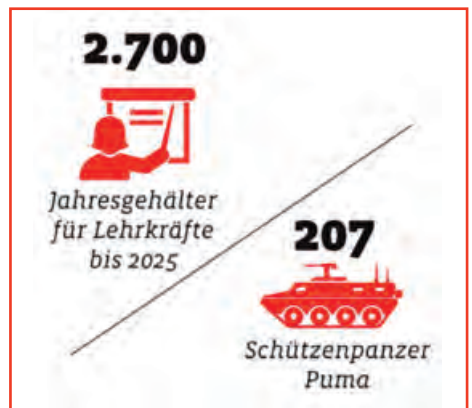
Was in der „Zwei Prozent“-Debatte meist unter den Tisch fällt: Es wird überhaupt kein inhaltlich vernünftiger Grund dafür präsentiert, einem Ressort - hier dem Verteidigungsministerium - eine feste Quote in Bezug

auf das Bruttoinlandsprodukt zuzuweisen. Schon so zu rechnen, ist eigentlich absurd. Der taktische Grund liegt wohl darin, dass „Zwei Prozent“ nach relativ wenig klingt.

Rechnet man es einmal um, entsprechen zwei Prozent des BIP derzeit aber 18 (!) Prozent des Bundeshaushalts. Zum Vergleich: In diesem Jahr werden 11 Prozent des Bundeshaushalts für Verteidigung (bzw. für Krieg) ausgegeben. Diesen Betrag nahezu verdoppeln zu wollen, was die Regierung ja nun - verrückterweise - anstrebt, wird sich kaum allein mit Buchhaltungstricks bewerkstelligen lassen. Dazu muss anderswo im Haushalt massiv gekürzt werden. Fragt sich nur wo...

Der wahre Grund für die Erhöhung des Militärhaushalts der Bundesrepublik ist wohl eher im Interesse des deutschen Kapitals an mehr Rüstungsprofiten zu suchen und im Streben nach imperialistischer Großmachtspolitik - auch und gerade hier in Schleswig Holstein.

Wer sich also fragt warum Menschen zu Hunderttausenden fliehen, der sollte sich einmal mit den deutschen Kriegseinsätzen in der Welt und mit den Profiten der heimischen Rüstungs- und Munitionsindustrie, sowie denen der Banken die diese Aktionen finanzieren, beschäftigen.



Die einzige erfolgsversprechende Alternative gegen Terror, Krieg und Flucht ist daher eine konsequente Friedenspolitik - aber damit lässt sich kein Profit erwirtschaften.

Die Herrschenden in diesem Land haben daher kein Interesse daran; es bleibt folglich die Aufgabe derjenigen Menschen dafür zu kämpfen, die wirklich Fluchtursachen bekämpfen wollen!



1917 - 2017 ★ 100 JAHRE OKTOBERREVOLUTION Druschba!

100 Jahre nach der Oktoberrevolution - Wir können!



Wer eine Ausbildung in der Metall- und Elektroindustrie in Deutschland macht hat im Anschluss relativ gute Chancen auf eine Übernahme und damit auf einen Arbeitsplatz. Dieser Erfolg, erkämpft von den Kolleginnen und Kollegen gemeinsam mit der IG Metall, hat allerdings diverse Lücken und Hintertüren für die Unternehmer, durch die sie die Übernahmeregelung umgehen können.

Dennoch: In allen anderen Bereichen sieht es schlechter aus. Leiharbeit und Werkverträge betreffen vor allem junge Beschäftigte. Befristete Arbeitsverträge sind eher die Ausnahme als die Regel.

Dennoch: Immerhin hat man noch einen Job. Aktuell fehlen circa 300 000 Ausbildungsplätze und etwa die gleiche Anzahl Studienplätze, um alle Bewerberinnen zu versorgen.

Wer leer ausgeht, findet sich meist in irgendwelchen „Maßnahmen“ der Arbeitsagentur wieder oder versucht mit einem Bundesfreiwilligendienst oder einem Freiwilligen Sozialen Jahr die Zeit zu überbrücken - mit einem Stundenlohn von in der Regel unter zwei Euro.

Immer gegen uns

Gegen alle diese größeren und kleineren Ungerechtigkeiten gibt es Widerstand. Immer wieder gelingt es auch zumindest Teilforderungen gegen den Widerstand von Regierung und Kapital durchzusetzen. In der Charité in

Berlin konnte ein Tarifvertrag durchgesetzt werden, der zwar den Personalmangel nicht behebt, aber immerhin für etwas Entlastung der Kolleginnen und Kollegen sorgt.

Nach den Bildungsstreiks wurden in fast allen Bundesländern die Studiengebühren wieder abgeschafft und der jüngste Tarifabschluss bei der Bahn zeigt, dass Arbeitszeitverkürzung möglich ist. Diese kleinen Verbesserungen, so richtig der Kampf für sie ist, lösen das Grundproblem nicht.

„Solange die Kapitalisten die Macht haben, ist keines der Rechte sicher, das sich die Arbeiterbewegung in ihrer



www.sdaj-luebeck-so-holstein.blogspot.de

Geschichte erkämpft hat“, schreibt die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) in ihrem Zukunftspapier. Denn jeder Erfolg für uns, bedeutet weniger Profit für die Kapitalisten, bedeutet ihre Schwächung im internationalen Konkurrenzkampf, ist für die Regierung eine Gefahr für den Erfolg des „Standort Deutschland“.

Und so ist alles was wir heute erreichen, schon morgen wieder bedroht. Oder genauer:
Alles, was in Zeiten der „sozialen Marktwirtschaft“ der 70er und 80er erkämpft werden konnte, steht heute auf der Abschlusliste des Kapitals.

Unsere Grundrechte

Dabei wäre heute ein menschenwürdiges Leben für alle längst umsetzbar. Es müsste keinen Ausbildungsplatzmangel geben und auch keine Arbeitslosigkeit. Bildung könnte unabhängig sein von Konzerninteressen und benötigt auch keinen Selektionsdruck.

„Die Herrschaft des Kapitals ist die Ursache für Kriege und Krisen, für Umwelterstörung, Unterentwicklung und Ausbeutung in aller Welt. Sie garantiert den Reichen ihren Reichtum und hält die Armen in Armut“ (Zukunftspapier der SDAJ).

Alles von unserer Gesundheit bis hin zu Freizeiteinrichtungen ist oder soll nach Maßgabe des Profits ausgerichtet werden.

Privatisierungen im Gesundheitswesen,

immer stärkerer Leistungsdruck oder die Forderungen nach einem immer höheren Renteneintrittsalter sind nur wenige Beispiele von vielen.

Die Verwirklichung unserer Rechte und Bedürfnisse - sei es in der Schule, am Arbeitsplatz oder in unserer Freizeit - stößt überall auf ein Hindernis: Die Herrschaft des Monopolkapitals.

Die Veränderbarkeit der Welt

Die Oktoberrevolution hat dieses Hindernis beseitigt. Das ist, unabhängig davon, wie man bestimmte



100 Jahre nach der Oktoberrevolution - Wir können!

Abschnitte der Geschichte der Sowjetunion bewerten mag, ihre tatsächlich welthistorische Bedeutung.

Sie hat bewiesen, dass es eine sozialistische Gesellschaft geben kann. Eine Gesellschaft ohne Kapitalisten, ohne Arbeitslosigkeit und Faschisten, dafür aber mit Alphabetisierung, planmäßiger wirtschaftlicher Entwicklung anhand der Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft und aktiver Friedenspolitik.

Sie beweist, dass der Satz „Man kann ja nichts machen/verändern“ in allen seinen Spielarten falsch ist.

Auch nach 100 Jahren zeigt die Revolution von 1917 deutlich: Man kann! Wir können!

Und genau das ist der Grund, warum die regierenden Parteien, die Unter-

nehmerverbände, die Medienkonzerne und alle anderen Beschützer der bestehenden Eigentumsverhältnisse sie auch heute noch fürchten.



Von Jann Meier,
Bundesvorsitzender der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)

Gesundheit ist keine Ware Der gewerkschaftliche Kampf um mehr Krankenhauspersonal geht uns Alle an



Die Aufkündigung der Regelversorgung von Erkrankten durch die Sana Klinik in Oldenburg/Holstein, der „Brandbrief“ von Beschäftigten der Asklepios Kliniken in Hamburg, aber auch die Personalsituation im UKSH in Lübeck und Kiel machen deutlich, dass der Umbau der Gesundheitsfürsorge nach kapitalistischer Profitlogik für uns alle zur realen Bedrohung wird.

Daher gilt es umso mehr breiteste Solidarität für die Forderungen der Gewerkschaften nach mehr Personal zu schaffen.

In deutschen Kliniken herrscht die Personalnot - und das bereits seit geraumer Zeit. Bis 1996 war die Lage besser: Es gab für die Häuser gesetzliche Personalvorgaben. Doch dann setzte man die Regelung aus, in der Folge wurde die Arbeit in den Kliniken immer mehr verdichtet.

Das Argument für die Aussetzung war, dass durch die Pflegepersonalregelung, PPR, die Ausgaben zu stark gestiegen seien. Diese Kosten wollte man nicht mehr tragen, denn schon in jener Zeit wurde im Gesundheitswesen kapitalistische Sparpolitik betrieben.

Mit der „Gesundheitsreform“ 2004 wurde das Gesundheitswesen mit der Umstellung auf Fallpauschalen weiter der Profitlogik unterworfen, d.h. Kliniken müssen seit dem gewinnorientiert arbeiten. Die Krankenkassen zahlen nun nur noch pro Diagnose einen Betrag und nicht mehr wie vorher, die Kosten für die gesamte Behandlung.

Mit den Fallpauschalen führte man anstelle der Kostendeckung ein System ein, das Gewinne ermöglicht, wenn eine Klinik mit wenig Aufwand

auftrag für alle Menschen haben, hingegen nicht.

Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) ist der einzige Maximalversorger in Schleswig-Holstein. Hier kann man sich die Patienten nicht aussuchen, zumal Unikliniken auch seltene und/oder aufwändige Erkrankungen behandeln und für Lehre und Forschung zuständig sind.

Das macht es unmöglich, mit den Fallpauschalen-Beträgen wirtschaftlich zu arbeiten.

Die Folge ist, dass die Patientenzahlen massiv erhöht werden, die Liegezeiten so gering wie möglich gehalten und Personal abgebaut wird. Es entsteht die absurde Situation, dass so die Patienten das Gesundheitswesen finanzieren und das Personal am obersten Limit arbeitet.

Gefährliche Pflege, blutige Entlassungen, Keimkrisen, stundenlange Wartezeiten in Notaufnahmen usw. sind die Stichpunkte dieser verfehlten Gesundheitspolitik.

Im UKSH steigen die Gefährdungsanzeigen der Beschäftigten. Eine Pflegekraft für 20-30 Patienten ist keine Ausnahme mehr. Pflege am Limit gefährdet Personal und Patienten!



viel Leistung erbringt. Das setzt den Anreiz, beim Personal zu sparen. Und im Zuge der Einführung des neuen Systems kam es dann auch zu einem großen Stellenabbau.

Private Kliniken, die sich spezialisiert haben, können nach diesem System Gewinne machen, allgemeine Krankenhäuser, die einen Versorgungs-



Gesundheit ist keine Ware

Der gewerkschaftliche Kampf um mehr Krankenhauspersonal geht uns Alle an

Die Kliniken, die sich noch in öffentlicher Hand befinden, werden von den Kommunen - oder wie das Uniklinikum vom Land - schon seit Jahren nicht mehr auskömmlich finanziert.

Dies führt auch dazu, das Krankenhäuser oder bestimmte Abteilungen, wie z.B. die Geburtshilfeabteilungen in Wyk/Föhr, auf Sylt, in Niebüll und Bad Oldeslohe geschlossen werden, da sie nicht „wirtschaftlich“ sind und - so die Begründung: „Man nicht überall alles vorhalten kann“.

Nach dieser Logik ist nicht das Gesundheitswesen für die Menschen da, sondern die Menschen zur Finanzierung des Gesundheitswesens.

In Schleswig-Holstein haben wir es mit folgendem zu tun:

- einem Sanierungsstau in allen Kliniken im Land von ca. 560 Mill. Euro
- in Heimen und Kliniken fehlt Personal: 5.200 Vollzeitkräfte, davon allein 2.250 Vollzeitkräfte in der Pflege
- Pflegekräfte und anderes medizinische Personal schieben über 1 Million Überstunden vor sich her, das entspricht 600 Vollzeitstellen

Die Gewerkschaft ver.di fordert, dass dort „wo die Pflegequalität gefährdet ist, Personaluntergrenzen gezogen werden müssen“, hierzu müssen alleine in Schleswig-Holstein mindestens 5.200 Vollzeitkräften zusätzlich eingestellt werden.



Forderungen denen man sich nur ausdrücklich anschließen kann, denn es geht um die Gesundheit eines Jeden.

Die DKP fordert daher:

- eine auskömmliche Finanzierung der (öffentlichen) Krankenhäuser / des UKSH und einen Abbau des Sanierungsstaus. Steuergelder

sind zur Daseinsfürsorge zu verwenden statt zur Rettung von Banken

- Das Verbot weiterer Ausgliederungen
- Wahrnehmung der Verantwortung auch für die Beschäftigten, d.h. Finanzierung für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen
- Personalaufbau in Kliniken und Heimen mit - wie von der Gewerkschaft ver.di ermittelt - mindestens 5.200 Vollzeitkräften
- der UKSH-Vorstand hat das Betriebsverfassungsgesetz einzuhalten, damit eine Jugend und Auszubildendenvertretung und die betriebliche Mitbestimmung der Auszubildenden wieder hergestellt wird
- flächendeckende Gesundheitsversorgung für die Menschen in SH. Die Schließungen der Geburtshilfeabteilungen sind rückgängig zu machen; keine weiteren Schließungen von Krankenhäusern
- sofortige Rückführung der bereits privatisierten Krankenhäuser in die öffentliche Hand

>>> 1. Frieden, 2. Arbeit, 3. Solidarität! <<<

Bundestagswahl 2017:

3 gute Gründe für die Kommunisten - jetzt für die Kandidatur der DKP unterschreiben!

Im September 2017 tritt die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bei den Bundestagswahlen an.

Wir Kommunisten treten in einer Zeit zu den Wahlen an, in der eine Minderheit in unserem Land immer deutlicher in einen unversöhnlichen Widerspruch gerät zur Bevölkerungsmehrheit. Auf der einen Seite stehen die Werktätigen, die Erwerbslosen, die alleinerziehenden Frauen, die heranwachsende Jugend und die Rentner. Auf der anderen Seite steht eine Minderheit: eine Handvoll

Milliardäre (in Deutschland ca. 130), die Großaktionäre oder Mehrheits-eigner von Konzernen und Banken. Sie verdienen daran ...

... wenn 15,5 % der Gesamtbevölkerung und fast jedes fünfte Kind in Armut leben und ein Großteil der Werktätigen nach 45 Jahren Arbeit mit einer Hartz-IV-Rente abgeseigt wird.

... wenn gegen eine gesellschaftliche Mehrheit in Deutschland und der EU Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP abgeschlossen werden, die fak-

tisch Pakte für eine bessere Ausbeutung der Werktätigen sind.

... wenn der Verteidigungshaushalt entsprechend der NATO-Vorgaben von derzeit 34 Mrd. € auf 60 Mrd. € erhöht wird, wie es Bundeskanzlerin Merkel und ihre Kriegministerin Ursula von der Leyen mehrmals forderten.

Diese Milliardäre sind es, die durch ihre wirtschaftliche Kraft die gesamte Gesellschaft in eine Sackgasse führen. Diese Superreichen sind die Verursacher und Nutznießer von

>>> 1. Frieden, 2. Arbeit, 3. Solidarität! <<<

Bundestagswahl 2017:

3 gute Gründe für die Kommunisten - jetzt für die Kandidatur der DKP unterschreiben!

Flucht, Kriegen und Armut - und um sich herum haben sie einen Schutzwall errichtet aus Gesetzen, Institutionen wie der EU, Ideologien, Presse, Politikern, Geheimdiensten und notfalls auch Polizisten.

Diesen 130 Milliarden stehen aber Millionen Menschen in diesem Land gegenüber. Wenn diese große Mehrheit sich zusammenschließt und mit einer Sprache spricht, kommen die Milliardenäre, ihre Politiker und Generäle nicht durch.

nierung von deutschen Soldaten in Litauen, die Modernisierung von US-Atomwaffen auf deutschem Boden - alle Zeichen stehen auf Krieg!

Die DKP setzt dem die Forderungen entgegen:

Frieden mit Russland - raus aus der NATO! Runter mit der Rüstung, rauf mit den Ausgaben für Bildung & Soziales! Stopp aller deutschen Kriegseinsätze!

ist das, wovor die Reichen am meisten Angst haben. Umso erfolgreicher ihre Spaltungsversuche verhindert werden können, desto besser können wir uns gegen ihre Angriffe wehren.

Ihre Unterschrift für die Kandidatur der Kommunisten!

Damit die DKP bei der Bundestagswahl 2017 antreten kann, müssen in Schleswig-Holstein 2.000 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden. Jede Unterschrift für die Kandidatur der Kommunisten hilft, damit neben den Reichen auch die Ausgebeuteten und Entrechteten im Wahlkampf eine Stimme haben.



2. Arbeit

Die millionenfache Arbeitsplatzvernichtung zur Profitmaximierung ist die Ursache für eine Verelendung breiter Bevölkerungsteile.

Arbeitsplatzvernichtung bedeutet nicht nur Erwerbslosigkeit und ALG-II-Terror - es heißt Altersarmut, günstigere Bedingungen für Kapitalisten, Löhne zu drücken und Billig-Jobs auszuweiten; heißt Ausbildungsplatzmangel, heißt fehlende Integration von Migranten, heißt eine Verrohung des gesamten Zusammenlebens in dieser Gesellschaft.



Die Kandidatur der DKP heißt: eine Stimme im Wahlkampf für die Ausgebeuteten und Entrechteten - gegen die Reichen, ihre Politiker und ihre Arroganz.

Die DKP setzt dagegen die zentralen Forderungen:

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Schaffung von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst - die Reichen sollen zahlen! Und die DKP setzt auf kämpferische DGB-Gewerkschaften zur Durchsetzung dieser Forderungen.

Helfen Sie mit! Mit Ihrer Unterschrift ermöglichen Sie uns die Kandidatur - unabhängig von Ihrer endgültigen Wahlentscheidung.

Sie müssen hierzu in Schleswig-Holstein wahlberechtigt sein, also hier gemeldet sein, wohnen und das 18te Lebensjahr bereits vollendet haben.

3 gute Gründe für die Kandidatur der Kommunisten:

1. Frieden

Die Aufrüstungspläne von Merkel und von der Leyen für die Bundeswehr, ihr völkerrechtswidriger Einsatz u.a. in Syrien oder Afghanistan, die Statio-

3. Solidarität!

Das gemeinsame Kämpfen für gemeinsame Interessen unabhängig von Weltanschauung, Herkunft und Geschlecht - kurzum: die Solidarität -

Bundestagswahl 2017:

3 gute Gründe für die Kommunisten - jetzt für die Kandidatur der DKP unterschreiben!

Das amtliche Formular für Ihre Unterstützungsunterschrift liegt dieser Ausgabe der Störtebeker Briefe bei.

Füllen Sie es einfach aus, in dem Sie Ihren Namen, Ihre Anschrift und Ihr Geburtsdatum in Druckbuchstaben eintragen und es anschließend unterschreiben. Der untere Teil bleibt unausgefüllt.

Das ausgefüllte Formular schicken Sie uns bis Ende Juni 2017 per Post an:

**Deutsche Kommunistische Partei
Lübeck / Südost-Holstein
Postfach 10 22 06
23554 Lübeck**

Weitere Informationen zu der Bundestagskandidatur der DKP erhalten Sie über unsere Internetseite:

dkp-luebeckostholstein.blogspot.de

Zu Ihrer Information über unsere Ziele finden Sie unser Sofortforderungsprogramm ebenfalls als Beilage dieser Ausgabe der Störtebeker Briefe.

Wir sind nicht der Meinung, dass wir grundlegende Änderungen über das Parlament erreichen können. Jedoch halten wir das Parlament für einen wichtigen Ort des Klassenkampfes.

Im Bundestag werden die Richtlinien des Kapitals für die Optimierung der Profite und die Verschärfung der Ausbeutung in Form von Gesetzen beschlossen. Hinzu kommt der ständige Abbau der Rechte der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, der Rechte der Bürger/innen im Allgemeinen und die Verschärfung von Sondergesetzen gegen Flüchtlinge.

Im Bundeshaushalt werden immer mehr Mittel des sozialen Bereiches zu Gunsten des Militärs, der Geheim-

dienste und der Polizei gekürzt. Deshalb ist es dringend notwendig, dass es im Bundestag eine politische Kraft gibt, die Widerstand leistet.

Es braucht eine Kraft, die die Vorgänge im Parlament öffentlich macht, und den Widerstand aus den Betrieben und den Straßen in den Bundestag trägt.

Helfen Sie uns dabei!

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Unterschrift –

setzen Sie sich mit unseren Inhalten und Forderungen auseinander

kommen Sie zu unseren Treffen –

wählen Sie bei der Bundestagswahl die sozialistische Alternative: Die DKP

und werden Sie Mitglied!

Ein Stück Kultur von Hand gemacht - Kurt Tucholsky, ein Visionär lange vor unserer Zeit

Die Lösung! (in „Die Weltbühne“ vom 25.08.1931)

*Wenn was nicht klappt,
dann wird vor allem mal nicht berappt.*

*Wir setzen frisch und munter
die Löhne, die Löhne herunter -
immer runter!*

*Wir haben bis über die Ohren
bei unsern Geschäften verloren...
Unser Geld ist in allen Welten:
Kapital und Zinsen und Zubehör.
So lassen wir denn unser großes Malheur
nur einen, nur einen entgelten:*

*Den, der sich nicht mehr wehren kann.
Den Angestellten, den Arbeitsmann;
den Hund, den Moskau verhetzte,
dem nehmen wir nun das Letzte.
Arbeiterblut muss man keltern.
Wir sparen an den Gehältern -
immer runter!*

*Unsre Inserate sind nur noch ein Hohn.
Was braucht denn auch die deutsche Nation
sich Hemden und Stiefel zu kaufen?
Soll sie doch barfuss laufen!*



Tucholsky.

*Wir haben im Schädel nur ein Wort:
Export! Export!*

*Was braucht ihr eigenen Hausstand?
Unsre Kunden wohnen im Ausland!
Für euch gibt's keine Waren.
Für euch heißt's: sparen! Sparen!*

*Nicht wahr, ein richtiger Kapitalist
hat verdient, als es gut gegangen ist.
Er hat einen guten Magen.
Wir mussten das Risiko tragen...*

*Wir geben das Risiko traurig und schlapp
inzwischen in der Garderobe ab.
Was macht man mit Arbeitermassen?
Entlassen! Entlassen! Entlassen!*

*Wir haben die Lösung gefunden:
Krieg den eigenen Kunden!
Dieweil der deutsche Kapitalist
Gemüt hat und Exportkaufmann ist.*

*Wussten Sie das nicht schon früher -?
Gott segne die Wirtschaftsführer!*

... lesen Sie mal rot!



Wochenzeitung der DKP

- Ich möchte die uz 6 Wochen probelesen. (Abo endet automatisch)
- mehr Infos über die DKP und ihr Programm.
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name _____

Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

Plz, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____



Coupon einsenden an:
CommPress Verlag GmbH,
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
oder per Mail schicken:
dkp.hl-oh@email.de
Tel: 0173-2188310



DIE LETZTE SEITE



(K)eine Satire

Der Postillon: SPD läutet traditionelles linkes Halbjahr vor wichtigen Wahlen ein

Berlin (dpo) - Es ist wieder soweit: Die Führungsspitze der SPD hat heute Morgen bei einem Treffen im Willy-Brandt-Haus in Berlin den Beginn des traditionellen linken Halbjahres vor den nächsten Bundestagswahlen eingeläutet. In dieser Zeit ist das Spitzenpersonal darum bemüht, die SPD wie eine Partei wirken zu lassen, die Politik für Arbeiter und Geringverdiener macht.

"Liebe Genossinnen und Genossen, das traditionelle linke Halbjahr vor der Bundestagswahl ist hiermit feierlich eröffnet", verkündete der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann und klingelte laut hörbar mit der sogenannten "Glocke des kleinen Mannes". Nachdem der Applaus abebbte, erklärte er: "Jetzt ist die Zeit gekommen, in der wir uns für einige Monate auf unsere sozialdemokratischen Wurzeln zurückbesinnen."



Ab sofort sei es SPD-Wahlkämpfern zur Schärfung des linken Profils der Partei ausdrücklich erlaubt, soziale Forderungen zugunsten der Arbeiterschaft zu formulieren: "Höhere Löhne, eine Abkehr von der Agenda 2010, Steuern runter, Steuern rauf für Reiche, höhere Renten – völlig egal!", so Oppermann. "Aber bitte beachtet, liebe Genossen: Am Montag nach der Wahl werde ich diese Glocke noch einmal läuten. Und ab diesem Zeitpunkt muss das alles wieder vergessen sein."

Parteienforscher versuchen bis heute herauszufinden, warum es in Deutschland Wähler gibt (immerhin 20 bis 30 Prozent), die immer noch auf das traditionelle linke Halbjahr der SPD hereinfallen. "Hier scheinen ähnliche psychische Prozesse abzulaufen wie bei einer vom Partner misshandelten Person", erklärt Parteienforscher Walter Rebke. "Der Wähler redet sich vor jeder Wahl ein, dass die reumütige SPD es dieses Mal ernst meint und ihr Verhalten wirklich zugunsten der Schwächeren in unserer Gesellschaft ändert."

Doch damit sieht es schlecht aus. Üblicherweise folgen nämlich auf das traditionelle linke Halbjahr vor Wahlen die traditionellen dreieinhalb arbeitgeberfreundlichen Jahre, die von Freihandelsabkommen, Privatisierungen, Klientelpolitik und sozialen Kürzungen geprägt sind.

Quelle:
Der Postillon (März 2017)

Impressum:
DKP Lübeck/ Südost-Holstein
dkp-luebeckostholstein.blogspot.de
E-Mail: dkp.hl-oh@email.de
V.i.s.d.P.: Henrik Matthes